

BGer 9C 270/2007 vom 11. Juni 2007

Bundesgericht, 2007-06-11, DE

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/bger_9C_270_2007

FR: TF 9C 270/2007 du 11 juin 2007

IT: TF 9C 270/2007 del 11 giugno 2007

Regeste

Invalidenversicherung | Invalidenversicherung

Volltext

Bundesgericht IV. Öffentlich-rechtliche Abteilung 11.06.2007 9C 270/2007 (9C_270/2007)
Tribunal fédéral IVe Cour de droit public (IIe Cour de droit social) 11.06.2007 9C 270/2007
(9C_270/2007) Tribunale federale IV Corte di diritto pubblico (II Corte di diritto sociale)
11.06.2007 9C 270/2007 (9C_270/2007)

Invalidenversicherung | Invalidenversicherung

Tribunale federale Tribunal federal { T 0/2 } 9C_270/2007 Urteil vom 11. Juni 2007 II. sozialrechtliche Abteilung Besetzung Bundesrichter U. Meyer, Präsident, Gerichtsschreiber Attinger. Parteien IV-Stelle des Kantons St. Gallen, Brauerstrasse 54, 9016 St. Gallen, Beschwerdeführerin, gegen W._____, Beschwerdegegnerin, vertreten durch Rechtsanwalt Robert Baumann, Brühlgasse 39, 9000 St. Gallen. Gegenstand Invalidenversicherung, Beschwerde gegen den Entscheid des Versicherungsgerichts des Kantons St. Gallen vom 27. März 2007. Das Präsidium der II. sozialrechtlichen Abteilung hat nach Einsicht, in den Entscheid des Versicherungsgerichts des Kantons St. Gallen vom 27. März 2007, wonach die aufschiebende Wirkung der von W._____ gegen die Verfügung der IV-Stelle des Kantons St. Gallen vom 30. November 2006 erhobenen Beschwerde wiederhergestellt wird, in die von der IV-Stelle dagegen eingereichte Beschwerde ans Bundesgericht, in Erwägung, dass Entscheide über die aufschiebende Wirkung Zwischenentscheide sind, gegen welche die Beschwerde ans Bundesgericht nur unter den Voraussetzungen von Art. 93 BGG zulässig sind, dass aus den nachfolgenden Gründen offen bleiben kann, ob im vorliegenden Fall die Eintretensvoraussetzung des nicht wiedergutmachenden Nachteils im Sinne von Art. 93 Abs. 1 lit. a BGG gegeben ist, dass nämlich Entscheide über die aufschiebende Wirkung Entscheide über vorsorgliche Massnahmen nach Art. 98 BGG darstellen (Seiler, in: Seiler/von Werdt/Güngerich, Kommentar zum BGG, N 7 zu Art. 98), laut welcher Gesetzesbestimmung mit der dagegen erhobenen Beschwerde nur die Verletzung verfassungsmässiger Rechte gerügt werden kann, dass das Bundesgericht die Verletzung verfassungsmässiger Rechte nur insofern prüft, als eine solche Rüge in der Beschwerde vorgebracht und begründet worden ist (Art. 106 Abs. 2 BGG), andernfalls auf die Beschwerde nicht eingetreten wird (von werdt, a.a.O., N 8 zu Art. 106), dass in der Beschwerde nirgends dargelegt wird, dass und inwiefern der angefochtene Entscheid verfassungsmässige Rechte verletze, dass nach dem Gesagten auf die Beschwerde im vereinfachten Verfahren ohne Schriftenwechsel nicht einzutreten ist (Art. 108 Abs. 1 lit. b BGG ; Urteil 9C_191/2007 vom 8. Mai 2007), dass die Gerichtskosten der unterliegenden Beschwerdeführerin aufzuerlegen sind (Art. 65 Abs. 4 lit. a und Art. 66 Abs. 1 BGG), dass der obsiegenden Beschwerdegegnerin keine

Parteikosten zu ersetzen sind, da ihr durch das bundesgerichtliche Verfahren keine solchen entstanden sind (Art. 68 Abs. 2 BGG) erkannt: 1. Auf die Beschwerde wird nicht eingetreten. 2. Die Gerichtskosten von Fr. 500.- werden der IV-Stelle des Kantons St. Gallen auferlegt und mit dem geleisteten Kostenvorschuss verrechnet. 3. Dieses Urteil wird den Parteien, dem Versicherungsgericht des Kantons St. Gallen, der Ausgleichskasse des Kantons St. Gallen und dem Bundesamt für Sozialversicherungen zugestellt. Luzern, 11. Juni 2007 Im Namen der II. sozialrechtlichen Abteilung des Schweizerischen Bundesgerichts Der Präsident: Der Gerichtsschreiber:

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.